



Deutscher
Berufsverband für
Soziale Arbeit (DBSH e.V.)
Junger DBSH
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin

mail@junger-dbsh.de
www.junger-dbsh.de

jena@junger-dbsh.de.de

19.06.2025

Solidarität mit Maja T., Zaid A. und allen Betroffenen des „Budapest-Komplexes“

Gegen Auslieferung, Gegen Repression, Gegen den autoritären Rechtsruck

Als **Ortsgruppe Jena des jungen DBSH** (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.) **erklären wir unsere Solidarität mit allen Betroffenen des Budapest-Komplexes.**

Diese Positionierung wird vom Jungen DBSH auf Bundesebene ausdrücklich unterstützt.

Im Februar 2023 kam es am Rande des sogenannten „Tag der Ehre“ in Budapest zu Angriffen auf teilnehmende Neonazis. Bei der Veranstaltung handelt es sich um einen geschichtsrevisionistischen Aufmarsch, der jährlich tausende Rechtsextreme aus ganz Europa anzieht. Es wird dem Rückzugsversuch von Wehrmacht und SS im Jahr 1945 gedacht. Trotz internationaler Kritik an der NS-verherrlichenden "Gedenkveranstaltung", wächst das Event weiter – mit Unterstützung durch rechte Netzwerke und staatliche Stellen.¹

Mehreren antifaschistischen Aktivist*innen, darunter auch junge Menschen aus Jena, wird vorgeworfen, an Angriffen auf Neonazis beteiligt gewesen zu sein. Seitdem laufen europaweite Ermittlungen ungarischer Behörden mit Europäischen Haftbefehl.

Den Beschuldigten droht bei Festnahme in Deutschland die Auslieferung an Ungarn.

Auch die deutsche Generalbundesanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und Haftbefehle erlassen. Sie begründet dies mit der Annahme, dass das mutmaßliche Verhalten der Beschuldigten "negative Auswirkungen auf das Erscheinungsbild der

¹ <https://de.indymedia.org/node/333750> 11.06.25

Bundesrepublik Deutschland gegenüber anderen Staaten haben könne".²

Die Aussage wirkt angesichts der Tatsache, dass es sich bei den mutmaßlichen Opfern und somit Besucher*innen des "Tags der Ehre" um überzeugte Neonazis handelt, davon mindestens einer aus Deutschland, sehr befremdlich.³

Berufungsgerichte in Paris und Mailand stellten bei Verhandlungen von anderen Beschuldigten im Budapest-Komplex fest, dass in Ungarn keine Rechtsstaatlichkeit, menschenwürdige Haftbedingungen und kein fairer Prozess zu erwarten seien und entschieden gegen eine Auslieferung ihrer beschuldigten Staatsangehörigen.⁴

Die Auslieferung von Maja

Im Fall von Maja T. wurde die Auslieferung an Ungarn bereits vollzogen.

Wenige Stunden nach dem Beschluss zur Auslieferung des Kammergerichts Berlin wurde Maja von schwer bewaffneten Polizeikräften in Handschellen abgeführt, mit Kapuze und Sack über dem Kopf gewaltvoll transportiert und an die ungarischen Behörden übergeben. Dies geschah mitten in der Nacht und trotz bekannter laufender Verfassungsbeschwerde. Am nächsten Morgen untersagte das Bundesverfassungsgericht die Auslieferung und erklärte sie später als verfassungswidrig. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Maja bereits außerhalb Deutschlands. Juristische Fachkreise sprechen von einem verfassungswidrigen Schnellverfahren, das rechtsstaatliche Grundsätze gezielt unterlaufen hat.⁵

Majas nicht-binäre Identität wird im ungarischen Gefängnisssystem nicht anerkannt. Maja ist daher in besonders hohem Maße der Gewalt des Gefängnispersonals und von Mitgefangenen ausgesetzt. Besonders gravierend ist die seit nun fast einem Jahr anhaltende Isolationshaft. Maja befindet sich in Langzeit-Einzelhaft und hat am Tag weniger als eine Stunde Kontakt zu anderen Menschen. Auch Angehörige und Rechtsanwält*innen darf Maja nur sehr eingeschränkt sehen.⁶

Diese Isolation widerspricht den Europäischen Strafvollzugsgrundsätze des Europarats, welche „mindestens zwei Stunden sinnvollen menschlichen Kontakt am Tag“ vorsehen. Aufgrund der menschenunwürdigen Behandlung, die als "weiße Folter" bezeichnet werden kann, befindet sich Maja seit dem 5. Juni 2025 im Hungerstreik. Maja beschreibt die Isolationshaft als „lebendig in einer Gefängniszelle begraben“ zu sein.⁷

² <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1189830.ungarn-budapest-komplex-grenzueberschreitende-repression.html> 02.06.25

³ <https://www.basc.news/die-vermeintlichen-opfer-im-budapest-verfahren/> 02.06.25

⁴ <https://www.grundrechtekomitee.de/details/gemeinsam-gegen-antifaschismus> 31.05.25

⁵ <https://www.tagesschau.de/inland/auslieferung-ungarn-104.html> 02.06.25

⁶ <https://www.grundrechtekomitee.de/details/gemeinsam-gegen-antifaschismus> 31.05.25

⁷ <https://www.basc.news/hungerstreikerklaerung/> 06.05.25; <https://www.sueddeutsche.de/politik/maja-t-hungerstreik-ungarn-linksextremismus-li.3264617> 05.05.25

Zaid

Im Januar 2025 stellten sich sieben der gesuchten Antifaschist*innen freiwillig den deutschen Behörden und wurden in Auslieferungshaft genommen.

Darunter auch der 21-jährige Zaid A. aus Nürnberg. Zaid ist syrischer Staatsbürger, in Deutschland aufgewachsen und besitzt internationalen Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention.

Er ist zwar seit dem 2. Mai unter Auflagen wieder frei, doch das Verfahren läuft und seine Auslieferung droht weiterhin.

Zu befürchten ist, dass Zaid in Ungarn eine besonders diskriminierende, rassistische Behandlung erfahren würde – sowohl durch das Gefängnispersonal als auch durch Mitinsass*innen. Die ungarische Regierung verfolgt seit Jahren eine rassistische und migrationsfeindliche Politik, insbesondere gegenüber Geflüchteten aus Ländern mit muslimischer Mehrheit. Zudem droht Zaid eine Abschiebung nach Syrien. Menschenrechts- und Asylorganisationen warnen klar vor Abschiebungen in das Land, da die Lage weiterhin als unsicher gilt.⁸

Kriminalisierung statt Rechtsstaatlichkeit

Staatsschutzverfahren, monatelange U-Haft, drohende Haftstrafen von bis zu 24 Jahren bei Vorwürfen wie Körperverletzung wirken nicht wie eine neutrale Strafverfolgung, sondern wie gezielte politische Repression.

Im Kontext des „Budapest-Komplexes“ erleben nicht nur die beschuldigten Antifaschist*innen selbst massive Repression: Auch ihre Familien und Freund*innen sind betroffen. Seit Beginn der Ermittlungen kam es zu einer Welle an Hausdurchsuchungen. Wohnhäuser wurden durch Spezialkommandos gestürmt, Menschen in ihren privaten Räumen eingeschüchtert, der Verfassungsschutz versuchte wiederholt, Betroffene aus dem Umfeld der Beschuldigten durch sogenannte Anquatschversuche zu instrumentalisieren. Die Unverhältnismäßigkeit und Unrechtmäßigkeit der Maßnahmen erscheinen besonders in Anbetracht zunehmender rechtsextremer Netzwerke in Polizei, Justiz und Bundeswehr alarmierend.⁹

Wir beobachten mit großer Sorge, dass antifaschistischer Aktivismus zunehmend unter

⁸ <https://www.proasyl.de/pressemitteilung/pro-asyl-zu-sogenannten-erkundungsreisen-nach-syrien/> 02.06.25

⁹ <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/polizei-rechtsextremismus-verdachtsfaelle-rassismus-antisemitismus-100.html> 11.06.25, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-09/bundeswehr-anstieg-extremismusverdaechtige> 11.06.25, <https://correctiv.org/aktuelles/2025/06/03/rechtsextreme-richter-wie-umgehen-mit-richtern-die-in-der-afd-sind/> 11.06.25

Generalverdacht gestellt und mit rechtsstaatlich fragwürdigen Mitteln verfolgt wird.

Auch in der Vergangenheit wurden Verfahren gegen Linke oft mit überzogenen Maßnahmen geführt. Viele davon wurden später von Gerichten als unverhältnismäßig oder unrechtmäßig eingestuft.

Diese Entwicklung erzeugt ein Gefühl der Willkür und Unsicherheit: Es scheint kaum mehr nachvollziehbar, wann und wie politische Arbeit ins Visier von Repression gerät. Für viele entsteht so eine reale Angst, selbst betroffen zu sein. Diese Angst lähmt. Sie trifft nicht nur Einzelne, sondern hat spürbare Auswirkungen auf linke, soziale und solidarische Netzwerke und damit auf die Zivilgesellschaft insgesamt.

Position der Sozialen Arbeit

Soziale Arbeit ist politisch. Sie muss sich dort positionieren, wo Grundrechte verletzt, marginalisierte Menschen bedroht und zivilgesellschaftliches Engagement kriminalisiert wird.

Wir verstehen uns als Profession, die auf den Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechten und kollektiver Verantwortung basiert.

Viele Sozialarbeitende sind selbst aktiv in zivilgesellschaftlichen, antifaschistischen oder linken Strukturen. Ein Eintrag im Führungszeugnis gefährdet die berufliche Existenz.

Gerade in Thüringen, wo die AfD als gesichert rechtsextreme Partei sowohl Landtags- als auch Bundestagswahl im Laufe des letzten Jahres mit großer Mehrheit gewonnen hat und faschistische Strukturen sich mehr und mehr ausbreiten¹⁰, kann Soziale Arbeit nicht neutral sein. Wir müssen uns klar positionieren: Gegen autoritäre Entwicklungen, gegen Rechtspopulismus und – Extremismus und gegen gezielte Ausgrenzung. Soziale Arbeit muss eintreten für eine solidarische, gerechte und vielfältige Gesellschaft.

Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Repression zur Normalität wird und engagierte Menschen aus Angst vor Konsequenzen verstummen und sich zurückziehen.

Daher fordern wir:

- Die Rückholung von Maja nach Deutschland!
- Keine Auslieferung von Zaid oder anderen Beschuldigten an Ungarn!

¹⁰ vgl. Schreiber, S., Schestak-Haase, F (2024): Feindbild „Links“: Kontinuitäten antilinker Gewalt. In: Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Fakten und Analysen 2023. Hrsg.: ezra, MOBIT, KomRex, IDZ, S. 54-61., <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/georg-maier-innenminister-warnt-vor-rechtsextremem-wurzelwerk-in-thueringen-a-615c61a4-b112-486d-9ba8-17c507cb7228> 11.06.25

- Ein rechtsstaatliches, faires Verfahren in Deutschland – ohne politische Motivation oder Vorverurteilung.
- Schutz für alle, die sich gegen Faschismus, Rassismus und autoritäre Entwicklungen einsetzen!
- Ein Ende der pauschalen Kriminalisierung antifaschistischen Engagements.

Diese Erklärung steht in Solidarität mit dem **Offenen Brief des Komitees für Grundrechte und Demokratie:**

<https://www.grundrechtekomitee.de/details/offener-brief-an-generalstaatsanwaltschaft-berlin-fordert-zaid-a-nicht-nach-ungarn-auszuliefern>

Wir stehen solidarisch hinter Maja und allen Betroffenen.

Liebe und Kraft für Euch! Wir sind alle Antifa.

Weitere Informationen und Unterstützungsmöglichkeiten:

Allgemein: <https://basc.news>

Hungerstreikerklärung von Maja: <https://www.basc.news/hungerstreikerklaerung/>